



NIEDERSACHSEN vorwärts

OKTOBER 2010 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

die CDU legt die Axt an die kommunale Demokratie. Sie will die Stichwahlen bei den Kommunalwahlen streichen – und seitdem auch die ehemalige CDU-Hochburg Lingen gefallen ist, weiß jeder warum. Die Mobilisierungsfähigkeit der CDU in Niedersachsen ist gering: Kommt es zu Stichwahlen, ziehen die CDU-Kandidaten den Kürzeren. So war es in Vechta, so war es in Celle, so war es in Lingen. Um sich weitere schmerzhaft Niederlagen zu ersparen, sucht die CDU den Weg über die Änderung der Kommunalverfassung. Aber Demokratieabbau zugunsten des eigenen Vorteils ist nicht nur unredlich, weil er bestehende Beteiligungsrechte beschneidet. Er führt auch an dem Ziel vorbei, das alle demokratischen Parteien einen sollte: nämlich mehr Bürgerinnen und Bürgern für politisches Engagement in ihrer Kommune zu gewinnen. Hierfür muss sich die CDU mit der desolaten Finanzsituation von Ort beschäftigen und den Raubzug durch die Kommunalkassen beenden. Dann steigt auch der Wille der Menschen, sich vor Ort wieder stärker zu engagieren, dann wird auch die Wahlbeteiligung wieder steigen.

Euer

Olaf Lies
Landesvorsitzender

REGENERATIVE ENERGIEN JOBMOTOR MIT ZUKUNFT FÜR NIEDERSACHSEN

Schwarz-gelber Atomdeal blockiert den Ausbau weiterer Arbeitsplätze und schwächt die Kommunen

Von Olaf Lies



Jetzt ist es durch – die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich auf einen schlimmen Deal mit den Energiekonzernen eingelassen. Und die Leidtragenden werden in dreifacher Hinsicht wir in Niedersachsen sein. Als erstes bleiben die Kernkraftwerke im Schnitt 12 Jahre länger am Netz. Das bereitet vor allem den Menschen, die in der Nähe der Kraftwerke wohnen, große Sorgen: Um ihr direktes Wohnumfeld, um ihre persönliche Sicherheit, aber auch um die Unversehrtheit von Natur und Umwelt, um die Attraktivität ihrer Region als Tourismusstandort.

Der zweite Punkt ist die völlig ungeklärte Endlagerung des Atommülls. Gerade die Erfahrungen in der Asse haben gezeigt, dass eine sichere Lagerung atomaren Abfalls in Salz nahezu unmöglich ist. Trotzdem setzt sich diese Landesregierung nicht für eine ergebnisoffene, zeitgleiche Endlagersuche im gesamten Bundesgebiet ein, um weitere Optionen und Gesteinsformationen zu prüfen. Im Gegenteil, im Gesetz verankert ist die Möglichkeit der Enteignung von Grundstückseigentümern. Mit aller Macht will man Gorleben als Endlager durchsetzen.

Atom-Deal desavouiert Erfolgsgeschichte

Ein dritter Aspekt des schwarz-gelben Atom-Deals betrifft die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Niedersachsen. Schließlich haben sich die regenerativen Energien seit dem Atomausstieg und den gezielten Förderungen durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz zum Jobmotor in Deutschland entwickelt. 300.000 Arbeitsplätze wurden bisher geschaffen, hält der Ausbau der Erneuerbaren an, wird sich diese Zahl auf 600.000 in Deutschland verdoppeln. In besonderem Maße könnte gerade Niedersachsen als Windenergie-Land Nummer Eins seine Position weiter verbessern und hochwertige Arbeitsplätze schaffen. Die großen Energiekonzerne werden es nach den Laufzeitverlängerungen beim Ausbau der Offshore-Windenergie aber möglicherweise langsamer angehen lassen. In der Windenergiebranche sind Arbeitsplätze vor allem im Bereich der Anlagenproduktion und –wartung entstanden, sowie durch den Ausbau der Häfen in Folge der boomenden Offshore-Technologien. Bei der Photovoltaik sind es

Fortsetzung auf Seite 2

Boomende Technologie:
Offshore-Anlagen

Fotos: Eugene Suslo /
shutterstock

Im Niedersachsen-vorwärts:
»TiL – Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1–4)



Gut bestücktes Solarhaus in Hannover.

Foto: lopo

Fortsetzung von Seite 2

vor allem die Arbeitsplätze im Bereich der Planung und Installation. Diese Erfolge stehen auf der Kippe.

Erneuerbare Energien steigern Wertschöpfung der Kommunen

Ein entscheidendes Faktum kommt bei der Diskussion um die Laufzeitverlängerungen kommt häufig zu kurz: Die Kommunen haben in erheblichem Umfang von der Umstellung ihrer Energieversorgung auf Erneuerbare Energien profitiert. Das zeigen die Ergebnisse einer Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und des Zentrums für Erneuerbare Energien (ZEE) sehr eindrucksvoll: 6,6 Milliarden Euro betrug demnach die Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien für die Kommunen im Jahr 2009. Wenn die Branchenprognose des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE) und der Arbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energie (AEE) erreicht wird, kann dieser Wert auf mindestens 12,3 Mrd. Euro im Jahr 2020 gesteigert werden. Voraussetzung: Konsequenter Ausbau der Erneuerbaren. Durch die Beteiligung an Nettogewinnen der beteiligten Unterneh-

men, durch gesteigerte Nettoeinkommen der Beschäftigten, durch an die Kommune gezahlten Steuern (Gewerbe- und Einkommensteuer) und häufig auch durch Pachteinnahmen, floss viel Geld direkt an die Kämmerer vor Ort. Kommunen, die auf Erneuerbare Energien setzten, gewinnen perspektivisch an finanziellem Gestaltungsspielraum zurück, weil die Investitionen in der Kommune oder in der Region bleiben: Anlagenproduktion, Planung, Installation, Anlagenbetrieb und Wartung finden meistens dort statt. Auch diesen positiven Trend setzt Schwarz-Gelb aufs Spiel. Der Verband Kommunaler Unternehmer (VKU) beziffert die geplanten Investitionen kommunaler Stadtwerke in Erneuerbare Energien mit einem Wert von 24 Milliarden Euro – bleibt es beim Atomausstieg. Es ist unwahrscheinlich, dass in diesem Umfang investiert wird, obwohl Atomstrom die Netze verstopft.

Gute Arbeit durch Erneuerbare Energien schaffen

Wir als SPD werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den Atom-Deal zu kip-

pen. Mehrere Bundesländer und auch die Bundestagsfraktion haben Klagen angekündigt. Das Ziel dahinter ist klar: Es geht darum, noch mehr Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren Energien zu schaffen. Durch den Ausbau an angewandter Wissenschaft und Forschung in diesem Feld und durch die direkte Vernetzung mit der Produktion und dem Dienstleistungssektor. Durch die Verbesserung des Technologietransfers, um auch kleinen Unternehmen und Existenzgründern die Chance zu geben, sich auf diesem Markt zu etablieren; durch den Ausbau der Förderinstrumente zum verstärkten Einsatz regenerativer Energien; und durch die Stärkung der Kommunen als dezentrale Energieversorger. Allerdings müssen wir auch in diesem Bereich darauf achten, dass wir für »neue und gute Arbeit« sorgen. Das heißt Leiharbeit stark regulieren, Mindestlohn durchsetzen, ordentliche Tarifverträge erkämpfen, Kündigungsschutz sichern. Diese Anforderungen müssen auch in einer hochinnovativen Branche wie den Erneuerbaren Energien ausnahmslos gelten. ■

POLITISCHES ERDBEBEN IN LINGEN

Dieter Krone neuer OB – CDU deutlich abgeschlagen

Von Remmer Hein



Eine begeisterte Menschenmenge gratulierte dem Wahlsieger Dieter Krone (Bildmitte zusammen mit Ehefrau Ingrid und seinen Kindern). Foto: Hein

Geradezu eine Sensation ereignete sich bei der Oberbürgermeister-Wahl im emsländischen Lingen. Nachdem das Amt seit Jahrzehnten durch Christdemokraten besetzt wurde, die auch über eine satte Mehrheit im Rat verfügen, gelang diesmal im zweiten Wahlgang dem von SPD und Grünen unterstützten unabhängigen Bewerber Dieter Krone der Sprung auf den Sessel des Stadtoberhauptes. Die vorgezogene Neuwahl war nötig geworden, nachdem der bisherige Amtsinhaber Heiner Pott im Rahmen der Umbildung der nie-

dersächsischen Landesregierung zum Staatssekretär ernannt worden war.

Während sich SPD und Grüne in der Folgezeit schnell auf die Unterstützung des unabhängigen Bewerbers Dieter Krone verständigen konnten, gelang es der CDU erst nach wochenlanger, öffentlich bekannter erfolgloser Suche, überhaupt einen eigenen Kandidaten anzubieten. Es handelte sich um den eher farblosen amtierenden Bürgermeister der Nachbargemeinde Geeste, der nicht gerade die Verkörperung eines dynamischen Neuaufbruchs in der Stadtpolitik vermitteln konnte. Demgegenüber entstammt Dieter Krone der Spitze einer bedeutenden Bürgerinitiative, die kurz zuvor erfolgreich die Pläne der Stadtoberen auf Durchsetzung eines Stadthallen-Neubaus vereitelt hatte. Diese Pläne hatten – bedingt durch gravierende sachlich begründete Einwände – derart heftigen Widerspruch in der Bevölkerung ausgelöst, dass das Vorhaben schließlich von den Verantwortlichen zurückgezogen wurde.

Dem engagierten Studienrat und Musikpädagogen Dieter Krone gelang es mit seiner erklärten Absicht, die Bevölkerung in Zukunft bei Entscheidungen von Rat und Verwaltung stärker einzubeziehen, das Vertrauen der Wählerschaft zu

erringen. Im ersten Wahlgang erhielt Krone 27,77 % der Stimmen, auf seinen Mitbewerber von der CDU entfielen 39,19 %. Die übrigen Stimmenanteile verteilten sich auf vier weitere Bewerber, darunter je ein Kandidat von FDP und Linke. Im alles entscheidenden zweiten Wahlgang konnte Dieter Krone das Rennen jedoch eindeutig für sich entscheiden. Er erzielte 56,62 %, während sein Mitbewerber sich gegenüber dem ersten Wahlgang kaum steigern konnte und bei vergleichsweise mageren 43,38 % landete.

Wenn es nach den jüngsten Plänen der niedersächsischen Landesregierung gegangen wäre, hätte es diesen entscheidenden zweiten Wahlgang in Lingen nicht gegeben. Der zweite Wahlgang soll in der anstehenden Kommunalwahlrechtsreform abgeschafft werden, wogegen sich bereits seit Wochen massiver Protest formiert. Dieter Krone konnte im zweiten Wahlgang offenbar die meisten Wähler der ausgeschiedenen Kandidaten des ersten Wahlgangs auf seine Seite ziehen. Interessanterweise nahm die Wahlbeteiligung vom ersten zum zweiten Wahlgang kaum ab. Während sie beim ersten Urnengang bei 45,64 % gelegen hatte, beteiligten sich beim zweiten Mal immerhin noch 43,79 % der Wahlberechtigten. ■

HÄNDE WEG VOM ATOM AUSSTIEG!

Bundesweite Großdemonstration setzt in Berlin am 18. September ein deutliches Zeichen gegen die Atompolitik der schwarz-gelben Bundesregierung

Von Matthias Miersch

Über 100.000 Menschen protestierten auf der Großdemonstration in Berlin gegen die schwarz-gelbe Atompolitik und sie machten ihren Unmut lautstark deutlich. Gestützt auf ein breites gesellschaftliches Bündnis mobilisiert auch die SPD gegen Atomkraft. Angesichts des schwarz-gelben Vorhabens, den Atomkonsens zu brechen, erstarkt der Widerstand erneut: Aus ganz Deutschland kamen Menschen nach Berlin und trugen dort den Protest auf die Straße. Dabei waren nicht nur die routinierten Atomgegnerinnen und -gegner. Für einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer war dies ihre erste Demonstration, für andere die erste nach längerer Zeit. Es war bewegend zu erleben, wie viele Menschen sich gemeinschaftlich an der Protestaktion beteiligten. Nicht nur die Anzahl der Versammelten, sondern auch deren Kreativität und friedliche Stimmung angesichts des emotionalen Themas waren beeindruckend. Die Großdemonstration war damit auch Zeichen für eine lebendige, demokratische Streitkultur in Deutschland. Richtungsweisende politische Entscheidungen finden in ihr eine zivilgesellschaftliche Resonanz. Den Bürgerinnen und Bürger genügt es nicht, »nur« an der Wahlurne nach ihrer Meinung gefragt zu werden. Das ist ein wichtiges Zeichen für unsere Gesellschaft, nicht nur gegen Atomkraft.

Dieser Protest zeigt, der Widerstand gegen eine Laufzeitverlängerung ist fest in der Bevölkerung verankert. Die schwarz-gelbe Atompolitik findet keine Mehrheit. Im Gegenteil, mit diesem Vorhaben gefährdet die Bundesregierung den gesellschaftlichen Frieden, der durch den Atomkonsens unter Rot-Grün geschaffen wurde. 100.000 Menschen demonstrierten repräsentativ für eine Mehrheit in Deutschland, die sich für eine baldige Energiewende einsetzt. Eine Verlängerung der Laufzeiten steht im Widerspruch dazu.

Der Vertrag der Bundesregierung mit den vier großen Energiekonzernen beflügelte den Protest auf den Straßen in Berlin. Eine tiefe Empörung war spürbar über die Art und Weise, wie Schwarz-Gelb in einem quasi-Kaufvertrag die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung juristisch fragwürdig und moralisch unhaltbar an die Konzerne verkauft. Der



Mit Kind und Kegel und roten Fahnen: Die SPD zeigte massenhaft Flagge in Berlin. Mittendrin Niedersachsen-vorwärts-Autor der Unterbezirksvorsitzende der Region Hannover, Matthias Miersch, MdB und Walter Meinhold, Hannovers Stadtverbandsvorsitzender.

Foto: privat

Vertrag der Bundesregierung mit den Energiemonopolisten ist und bleibt ein undemokratischer Versuch der Einflussnahme auf künftige Parlamente und Regierungen. Die Modalitäten einer Laufzeitverlängerung müssen gesetzlich und nicht per Handschlag zwischen der Regierung und den Konzernen geregelt werden. Im gesamten Ablauf der Entscheidung steht Bundesumweltminister Röttgen als Zaungast am Rand. Röttgen gestand ein, dass sein gesamtes Haus während der Verhandlungen nicht beteiligt war. Damit ist der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in der wichtigsten politischen Entscheidung seiner Amtszeit komplett kaltgestellt, während die Konzerne den direkten Draht zur Spitze behalten.

Das so entstandene »Energiekonzept« der Bundesregierung wird Mittel zum Zweck: Eine Laufzeitverlängerung lässt sich weder wissenschaftlich noch energiepolitisch begründen. Die versprochenen Investitionen in regenerative Energien und mehr Energieeffizienz finden sich im Konzept nicht wieder. Mehr noch, die Stärkung der erneuerbaren Energien und ein Verbleib im Atomzeitalter schließen sich gegenseitig aus.

Die Energiepolitik von Schwarz-Gelb ist somit kurzfristige Klientelpolitik. Sie steht einer umweltschonenden, nachhaltigen, bezahlbaren und sicheren Energieversorgung entgegen. Wie zukunfts-fähige Energiepolitik hin zu einer Versor-



gung aus 100 Prozent erneuerbaren Energien aussehen kann, hat der regierungseigene Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem Gutachten schon ausführlich dargelegt. Allein, der Regierung fehlt der politische Wille die Ratschläge ihrer Sachverständigen umzusetzen. Deshalb arbeiten wir daran die schwarz-gelben Pläne auf der Straße, in den Gerichten und im Parlament zu verhindern. Die Koalition aus CDU/CSU und FDP sollte den Protest vom Samstag ernstnehmen und ihre Politik überdenken. Fest steht, Atomkraft hat in Deutschland keine Zukunft. ■

Als Ex-Wissenschaftsministerin Expertin in Sachen Ausstieg: Edelgard Bulmahn, MdB, hier an der Seite des Bundestagsvirzpräsidenten Wolfgang Thierse, MdB.

Foto: privat



Sebastian Edathy, MdB,
Mitglied im Vorstand der
SPD-Bundestagsfraktion

SYMBOLPOLITIK ZU LASTEN DER INTEGRATION

Kaum im Amt und schon beschädigt: Niedersachsen Sozialministerin Aygül Özkan.

Von Sebastian Edathy

Das Thema Integration und die Voraussetzungen für ihr Gelingen rücken zunehmend vom Rand der öffentlichen Aufmerksamkeit ins Zentrum der allgemeinen Wahrnehmung. Gut so!

Das Problem ist nur: Der Debatte mangelt es an Substanz. Die Herausforderung ist nicht neu, auf der Grundlage des Wertesystems unserer Verfassung ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Prägung zu ermöglichen. Sie ist allerdings so komplex, dass das Thema vielfach durch Zuspitzung eine verzerrte Behandlung erfährt.

Statt zunächst einmal nüchtern zu konstatieren, dass man Menschen, denen von erheblichen Teilen der Gesellschaft und der konservativen Politik bis vor gut zehn Jahren Zugehörigkeit zu unserem Land abgesprochen wurde nur schlecht einen partiellen Mangel an Zugehörigkeitsgefühlen vorwerfen kann, wird über Strafen für Integrationsverweigerung diskutiert. Sinnvoller wäre es wohl, darüber zu reden, wie durch eine gezielte Bildungspolitik und die Ermöglichung von »sozialer Mobilität nach oben« ein Verzicht auf derlei Sanktionen erreicht werden könnte. Macht mehr Arbeit, bringt weniger Spontanapplaus, ist aber alternativlos.

Was wir derzeit erleben, ist hingegen eine platte Debatte, die dem Thema nicht gerecht wird. Integration ist ein Prozess. Fehlt es an geeigneten Rahmenbedingungen, wird dieser erschwert. Wenn verpflichtende Sprachkurse, übrigens durch die SPD, erst vor fünf Jahren eingeführt wurden, ist das Beklagen mangelnder Sprachkompetenz in manchen Migrantenengruppen etwa so, als wundere man sich, dass Duschpflicht in der Wüste kaum durchzusetzen ist.

Die andere Seite der Debatte ist die Verkürzung des Themas auf reine Symbolpolitik. In Niedersachsens Landespolitik lässt sich dies derzeit gut beobachten.

Seit wenigen Monaten ist Aygül Özkan Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration.

Das Signal, dass diese Personalentscheidung setzen sollte, war klar: Eine Frau mit türkischer Familienbiografie wird Landesministerin in einem schwarz-gelb regierten Flächenland. Alle mal hersehen: So liberal ist die CDU inzwischen! Tatsächlich war diese Entscheidung aber schizophren. Das inzwischen evidente Problem ist, dass führende Christdemokraten in



Foto:shutterstock

Niedersachsen ihre eigene Partei überfordern und sich für die falsche Person entschieden haben.

Frau Özkan wirkt erschreckend unerfahren, zumindest ist ihr diplomatisches Geschick recht überschaubar. Man kann sich differenziertere Medienberichte zum Thema Integration wünschen. Die Presse einzubestellen, damit Journalisten eine entsprechende Selbstverpflichtung unterschreiben, ist aber hanebüchen. Selbstverständlich kann man der Auffassung sein, dass religiöse Symbole gleich welcher Art in öffentlichen Schulen keinen Platz haben. Und es ist unbestreitbar, dass bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen dort ein Schwerpunkt zu legen ist, wo soziale Ausgrenzung besonders ausgeprägt ist, also gerade auch bei Heranwachsenden mit Migrationshintergrund, aber eben nicht nur!

Sich so dezidiert zu äußern wie Frau Özkan, und dies auch noch vor ihrer Bestätigung durch den Landtag, legt drei Feststellungen nahe, die allesamt auf eine eklatante Situations-Fehleinschätzung hindeuten:

- 1) Der damalige niedersächsische Ministerpräsident Wulff muss der neuen Ministerin in Verkennung der Realitäten in seiner Partei den Eindruck vermittelt haben, dass sie gewissermaßen freie Hand bei Äußerungen zu Fragen des Zusammenlebens in einer heterogenen Gesellschaft hat.
- 2) Hatte schon die Tatsache, dass keines der vier neuen Kabinettsmitglieder aus den Reihen der CDU-Landtagsfraktion berufen wurde, für Unmut sorgen müssen, mussten sich nicht nur die Abgeordneten aus den katholisch geprägten Regionen Niedersachsens zusätzlich provoziert fühlen, wenn sie erklären

sollen, ob das Abhängen von Kreuzifixen neuerdings CDU-Programm ist.

- 3) Der Spagat zwischen einem Hardliner als Innenminister und einer für Integration zuständigen Sozialministerin mit einer Position, die die CDU schon jetzt zu überfordern scheint, wird nicht elegant gelingen, sondern in dieser Konstellation nicht zu meistern sein. »Kulturschock« ist in Sachen Özkan und Niedersachsen-CDU ein eher dezentes Wort.

Das Problem der Niedersachsen-CDU ist, dass sie einen aus dem Ausland stammenden Nachnamen auf der Kabinettsliste präsentieren wollte, aber sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei Schwierigkeiten haben wird, einer eigenwilligen Ministerin Akzeptanz zu verschaffen, die sich in einem strukturellen Dilemma befindet: Bleibt sie bei ihrer liberalen Haltung, wird sie ausgebremst. Tut sie das nicht, wird sie unglaubwürdig.

Wer sich vor der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion zur Entschuldigung gezwungen sieht, macht keinen überzeugenden, sondern einen gedemütigten Eindruck und ist beschädigt.

Staatsministerin Maria Böhmer, Integrationsbeauftragte der Bundesregierung und als solche eher ein weiblicher Grüßauguste für die Belange von Zugewanderten, brachte es unfreiwillig auf den Punkt: Die Özkan-Äußerungen seien falsch, aber es sei doch erfreulich, dass eine Frau namens Özkan Ministerin werde. Böhmer: »Das bedeutet, dass ein neues Kapitel in der Integrationspolitik aufgeschlagen wird.« Alles klar, inhaltlich darf Frau Özkan keine Impulse geben, aber es ist doch an sich schön, dass sie da ist. Im Klartext: Özkan redet mit den Migranten, Schünemann schiebt sie ab. ■

»
Aygül Özkan
wirkt erschreckend
unerfahren.«

»
Özkan redet mit
den Migranten,
Schünemann
schiebt sie ab.«

DEMOKRATIE BRAUCHT DEN ZWEIFEL

Andrea Nahles las in Hannover auf Einladung der Ricklinger SPD-Frauen.

Von Martin Walther

Die aktiven Frauen in der Ricklinger SPD hatten gerufen, und sie kam: Andrea Nahles, die Generalsekretärin der Bundes-SPD. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe, in der die SPD-Frauen in Ricklingen und in Wettbergen-Mühlenberg Frauen vorstellen, die in Politik, Kultur und Gesellschaft eine herausragende Rolle spielen, kam die Herausgabe des Buches von Andrea Nahles gerade recht.

»Frau, gläubig, links« ist der Titel, der Andrea Nahles' Persönlichkeit am besten beschreibt, und so war der Anlass gegeben, die Generalsekretärin zu bitten, bei uns in Ricklingen aus ihrem Buch zu lesen. Was sie gerne tat. Nach einer kurzen Laudatio unserer Bundestagsabgeordnete Edelgard Bulmahn las Andrea Nahles sehr persönliche Abschnitte aus ihrem Buch über ihr einfaches, handwerklich geprägtes Elternhaus in der Eifel, das als Ausgangspunkt für eine politische Karriere wenig geeignet erschien. »Als einfache, katholische Arbeiterochter vom Lande, was hatte ich da für eine Karriereerwartung?« Auch die katholische Kirche, zu der sie sich noch heute bekennt, war eine wichtige Instanz auf ihrem Wege. Sie las darüber, wie sie sich als kleine Messdienerin weigerte, vor dem mächtigen Bischof aus Trier zu buckeln.

Die Lesung im Freizeithaus Ricklingen war richtig gut besucht. Auffallend viele

junge Menschen, nicht nur aus den Reihen der Partei, wollten Andrea Nahles aus der Nähe erleben. So kam der Lesungsabschnitt über den Zweifel sehr gut an: Gerade in Zeiten, in denen aufgrund jüngerer Entwicklungen in der Partei über den Umgang mit der Agenda 2010 und der Rente mit 67 neu diskutiert wird, passt Andrea Nahles' Überzeugung, dass erst der Zweifel uns demokratiefähig macht. Willy Brandt, den sie gerade noch kennen lernen konnte, war wohl der einzige Spitzenpolitiker der SPD, der den Zweifel ausdrücklich zuließ. Er ging vom Bestehenden aus, das er in Frage stellte. »Wer zweifelt, der hört auch zu, nimmt andere Argumente auf«, lautet Andrea Nahles' Credo.

In der ausgiebigen Debatte wurde deutlich, dass auch SPD-Mitglieder sich intensiv mit dem Thema »Islamophobie« beschäftigen, wie in den Debatten dieser Tage sichtbar wird. Da muss sich die SPD dringend kümmern. Andrea Nahles sieht die Wurzel des Problems vorwiegend in sozialen Unterschieden. In bildungsfernen und ärmeren Gesellschaftsbereichen sei die Angst vor dem Islam deutlicher ausgeprägt als anderswo, entsprechend hoch sei auch die Anfälligkeit für rechtsnationale Töne. Dabei hätten wir in Deutschland schon eine viel bessere Integration von Migranten aus islamischen Ländern als



Andrea Nahles, flankiert von Angelika Walther und Edelgard Bulmahn

Foto: privat

zum Beispiel Frankreich, so Andrea Nahles, und parallel dazu eine bessere Einbindung von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt. Wir müssten uns aber politisch gegen islamfeindliche Tendenzen stemmen, sonst »würden wir eine Unterlassungssünde begehen. Es gibt Probleme, aber es gibt auch Lösungen!«

»Wie können wir uns in diesen Zeiten den Luxus der Politikverdrossenheit leisten?«, lautet Andrea Nahles' rhetorische Frage an die Missmutigen und Zaudernden. Mit ihrer Veranstaltung haben die Ricklinger SPD-Frauen die passende Antwort gegeben. Fortsetzung folgt. ■

HASTE MAL'N EURO?

Beispielhafte Spendenaktion in Schöppenstedt



Manfred Kramer (re.) mit Beistand von Karl-Heinz-Mühe und Sigmar Gabriel

Foto: privat

In Schöppenstedt ist Manfred Kramer bekannt wie der berühmte bunte Hund als »Der Mann mit der Sammelbüchse«. Im SPD-Ortsverein, dem er seit fast 40 Jahren angehört, gibt es kaum eine Veranstaltung, auf der Manfred Kramer nicht die Frage stellt: »Haste mal'n Euro?« Der Peter Maffay-Fan der ersten Stunde sammelt für die Stiftung des Deutsch-Rockers, die Kindern ein wenig Sonne in den ansonsten tristen Alltag bringen soll. Ende August war Manfred Kramer wieder unterwegs, diesmal mit tatkräftiger Unterstützung eines kräftigen Peter Maffay Freundes. Zum Grillabend der Schöppenstedter SPD hatte sich SPD-Chef Sigmar Gabriel eingefunden, um über schwarz-gelbes Kuddelmuddel und rote Perspektiven zu reden. Ganz nebenbei schüttelte auch Gabriel die Sammelbüchse, und am Ende des Abends waren 313 Euro zusammengekommen. Neben der großen Hauptstadt-Politik kamen auch die regionalen Themen nicht zu kurz: Atom-müll in der Asse und das Volksbegehren für bessere Schulen. Sigmar Gabriel wurde schließlich mit einem weißrussischen Lied verabschiedet, das 30 Kinder aus dem GAU-geplagten Land zum Besten gaben. Die Kinder weilten auf Einladung der Schöppenstedter Tschernobyl-Initiative im Falkenheim Asse und bedankten sich musikalisch bei Schöppenstedt für die jahrelange solidarische Unterstützung, die auch ein bisschen Sonne in den tristen Alltag bringt. ■ eb

fay-Fan der ersten Stunde sammelt für die Stiftung des Deutsch-Rockers, die Kindern ein wenig Sonne in den ansonsten tristen Alltag bringen soll. Ende August war Manfred Kramer wieder unterwegs, diesmal mit tatkräftiger Unterstützung eines kräftigen Peter Maffay Freundes. Zum Grill-

abend der Schöppenstedter SPD hatte sich SPD-Chef Sigmar Gabriel eingefunden, um über schwarz-gelbes Kuddelmuddel und rote Perspektiven zu reden. Ganz nebenbei schüttelte auch Gabriel die Sammelbüchse, und am Ende des Abends waren 313 Euro zusammengekommen. Neben der großen Hauptstadt-Politik kamen auch die regionalen Themen nicht zu kurz: Atom-müll in der Asse und das Volksbegehren für bessere Schulen. Sigmar Gabriel wurde schließlich mit einem weißrussischen Lied verabschiedet, das 30 Kinder aus dem GAU-geplagten Land zum Besten gaben. Die Kinder weilten auf Einladung der Schöppenstedter Tschernobyl-Initiative im Falkenheim Asse und bedankten sich musikalisch bei Schöppenstedt für die jahrelange solidarische Unterstützung, die auch ein bisschen Sonne in den tristen Alltag bringt. ■ eb

Manfred Kramer würde sich freuen, wenn auch andere Ortsvereine oder Verbände die Spendendosen für die Peter-Maffay-Stiftung kreieren ließen. »Schnappt euch 'ne Sammeldose«, empfiehlt Kramer, »und traut euch, die einfache Frage zu stellen: »Haste mal'n Euro.« Die gesammelte Euro sollten auf das Konto 7657030 der Peter-Maffay-Stiftung bei der Münchner Bank, BLZ 70190000, unter dem Stichwort »Bruder Eulenspiegel« eingezahlt werden.

KONTAKT:
Manfred Kramer
Assestraße 35
38170 Gr. Vahlberg



Matthias Groot, MdEP

RETTEN WIR UNSERE SPARKASSEN

Mit der geplanten Abschaffung der Institutssicherung hat die EU-Kommission einen Angriff auf die Sparkassen- und Genossenschaftsbanken eingeleitet.

Von Matthias Groot

Angesichts der internationalen Finanzkrise fragen sich immer häufiger auch Kleinanleger: Ist mein Geld eigentlich in Gefahr, wenn die Bank Pleite geht? Die meisten Deutschen haben sich, zumindest bis zum Herbst 2008, wohl nie diese Frage stellen müssen.

Die Antwort lautet: ja es gibt Sicherheit. Das Stichwort heißt Einlagensicherungssystem. Darunter versteht man den Anlegerschutz bei Zahlungsunfähigkeit oder Insolvenz von Banken. Für bestimmte Anlagen besteht bei Geldinstituten eine Rückzahlungsgarantie. Dabei handelt es sich um Einlagen (Geldanlagen/Guthaben) von Privatpersonen, Wirtschaftsunternehmen und öffentlichen Stellen. Durch die Änderung der EU-Einlagensicherungsrichtlinie ist die Mindestabdeckung ab dem 30. Juni 2009 auf 50.000 Euro angehoben worden und ab dem 31. Dezember steigt die Summe auf 100.000 Euro. Außerdem müssen die Anleger keine Selbstbeteiligung von 10% mehr leisten, wenn die Bank insolvent geht. Das Geld von Anlegern scheint besser geschützt zu sein.

Aber die Europäische Kommission geht noch weiter und legte am 12. Juli 2010 einen Entwurf für die Überarbeitung der Einlagensicherungsrichtlinie vor. Dabei sind sowohl die freiwilligen Einlagensicherungssysteme (Sicherungseinrichtung der privaten Banken) als auch die Institutssicherungssysteme der Sparkassen- und Genossenschaftsbanken massiv betroffen.

Der Entwurf sieht vor, dass künftig grundsätzlich alle Kreditinstitute einem gesetzlichen Einlagensicherungssystem angehören müssen. Die bisherige Freistellung u.a. des Haftungsverbundes der Sparkassen- und Genossenschaftsbanken von der Teilnahme an einem Einlagensicherungssystem, wurde gestrichen. Hinter dieser Strategie steckt die Schaffung eines harmonisierten Einlagensicherungssystems innerhalb der Europäischen Union mit einer einheitlichen Summe von 100.000 Euro. Die Kommission begründet diesen Schritt damit, dass Kreditinstitute, die über eine höhere Einlagensicherung verfügen, enorme Markt Vorteile besitzen und dies verhindert werden muss. Bei den Sparkassen sind sämtliche Kundeneinlagen in unbegrenzter Höhe geschützt. Würde das neue Einlagensystem beschlossen, würde dies eine deutliche Verschlechterung für alle Kunde der Sparkassen- und Genossenschaftsbanken bedeuten. Das werden wir in den weiteren Verhandlungen

» Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben sich in der Finanzkrise bewährt. «

Matthias Groot



Die EU soll die Kirche im Dorf lassen und die Sparkassenfiliale an der Ecke.

Foto: lopo

gen nicht hinnehmen und uns im Europäischen Parlament für den Fortbestand des Institutssystems einsetzen.

Sparkassen- und Genossenschaftsbanken, die durch ihr »Institutssicherungssystem« ohnehin mit ihrem gesamten Vermögen füreinander einstehen, müssten sich dem schlechteren Einlagensicherungssystem anschließen. Ein doppelter Boden, um Risiken vorzubeugen, klingt zwar gut, ist aber strategisch völlig falsch. In der Richtlinie muss eine Ausnahme für Banken, die einer Institutssicherung angehören, festgelegt werden. Die Sparkassen- und Genossenschaftsbanken unterhalten

ein eigenes System, dass sich vor allem in der Finanzkrise bewährt hat und nicht abgeschafft werden darf. Weitere Folgen hiervon wären, dass Spareinlagen teurer würden und auf Sparguthaben niedrigere Zinsen entfallen würden. Auch dieses wiederum zu Lasten der Verbraucher.

Wir werden angesichts des immer noch herrschenden Misstrauens der Bürger in Finanzsysteme das vertraute Instrument der Institutssicherung nicht leichtfertig aufs Spiel setzen, sondern uns für den Bestand einsetzen. Die Sparkassen- und Genossenschaftsbanken haben unsere vollste Unterstützung. ■

vorwärts

PERSONALABTEILUNG



Arne Schneider, Erster Stadtrat aus Laatzen, ist auf der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) zu einem der beiden Stellvertreter der neuen Bundesvorsitzenden Anke Pörksen, Regierungsdirektorin aus Hamburg gewählt worden. Der zweite Stellvertreter ist Rechtsanwalt Harald Baumann-Haske aus Dresden. Zwei Themen standen im Mittelpunkt der Konferenz. Zu Beginn diskutierten die Delegierten über die Festlegung der Standards für die Kosten der

Unterkunft nach SGB II und lehnten den Vorschlag der Bundesministerin für Arbeit und Soziales ab, nach dem die Kommunen selbst entscheiden sollten, in welcher Höhe sie die Kosten der Unterkunft für Arbeitssuchende erstatten. Angesichts der knappen Kassen der Kommunen kann dies nach Ansicht der Delegierten zu einer Absenkung der übernahmefähigen Unterkunfts- und Heizkosten zu Lasten der Schwachen führen. Am intensivsten diskutierten die Delegierten über das Thema direkte Demokratie. Nach kontrovers geführter Diskussion forderten die Delegierten mit großer Mehrheit, auch auf Bundesebene die Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheiden einzuführen. Etwaige Quoren und die gebotene verfassungsrechtliche Kontrolle sollen nach Ansicht der Bundeskonferenz der ASJ im Grundgesetz festgeschrieben werden. ■ eb

Impressum

Herausgeber:

SPD Niedersachsen

Verantwortlich: Michael Rüter

Redaktion: Lothar Pollähne,
Sebastian Schumacher

Anschrift: Odeonstraße 15/16,
30159 Hannover

E-Mail: lopovorwaerts@gmx.de

Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

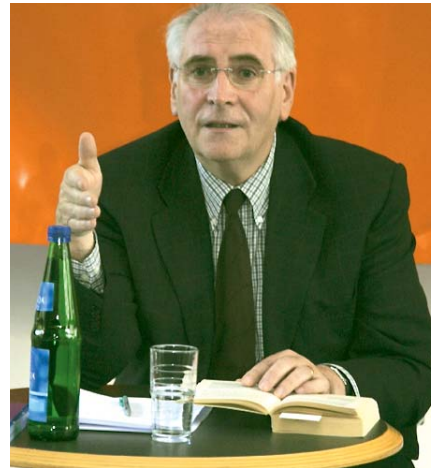
vorwärts KULTURGUT

LEIBNIZ WEITERDENKEN

Wenn jemand zum 288. Todestag mit einer Laudatio gewürdigt wird, kann das nicht irgendjemand sein. Im vorliegenden, gerade druckgelegten Fall handelt es sich um den Philosophen, Mathematiker, Historiker, Theologen, Statistiker, Politik-Interessierten, Sozialphilosophen, Zeitgenossen, Mediziner usw. Gottfried Wilhelm Leibniz, den niedersächsischen Universalgelehrten schlechthin, von dem noch lange nicht alle intellektuellen Schätze geborgen sind, wie es der Präsident der Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesellschaft, der frühere Landtagspräsident Rolf Wernstedt, im Vorwort zu seinem Buch »Leibniz in der Gegenwart« schreibt. Das Buch versammelt Aufsätze und Redetexte Wernstedts, die aus jeweils gegebenen Anlass die Aktualisierungspotenziale Leibnizschen Denkens aufzeigen. So ging es anlässlich der von Papst Benedikt vor vier Jahren angefachten Islam-Debatte im Wesen um die Gegenüberstellung von Vernunft und Regellosigkeit. Der Prote-

stant Leibniz sieht in Gott die Prinzipien der Vernunft und Rationalität vereint und steht für einen Dialog, dessen Austragungsort nicht auf den Straßen oder Schlachtfeldern zu suchen ist, sondern auf Briefpapier oder in Auditorien.

Maßgeblich ist dabei immer der Respekt vor der Kultur der Anderen, ohne den die eigene kulturelle Leistung nicht denkbar wäre. Am Beispiel der »Erinnerungskulturen« plädiert Rolf Wernstedt gegen isolierte Erinnerungsarbeit einzelner, sich jeweils einzig verstehender Opfergruppen. Diese sind unhistorisch, denn »wer aus der Geschichte lernen will, muss zunächst die Würde der jeweils eigenen und anderen Erinnerung und Trauer akzeptieren«. Das aber ist nur möglich, »wenn man das Eigene in allgemeine Zusammenhänge stellen und als gültig kennzeichnen kann«. Abgerundet werden die Betrachtungen über die Aktualität Leibnizens mit dem Text einer Rede von



Gerhard Schröder anlässlich der Neuausgabe des Leibniz-Dokuments »Novissima Sinica«, das vor über 300 Jahren für einen umfassenden Austausch von Wissen und Erfahrungen plädierte, der zu einer gesellschaftlichen Weiterentwicklung führen kann, von der alle Menschen profitieren sollten. ■ lopo

Überzeugt von und mit Leibnizens Aktualität: Rolf Wernstedt

Foto: lopo

Rolf Wernstedt, Leibniz in der Gegenwart, Hannover 2010, 115 S. Interessenten wenden sich bitte an die **Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesellschaft** c/o **Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Bibliothek, Waterloostr. 8, 30169 Hannover**

VORWÄRTS
RÄTSEL

Nachdem er im März 1969 in Gibraltar heimlich geheiratet hat, nutzt er samt Gattin die Flitterwochen in Amsterdam zur Kreation eines weltweit beachteten Spektakels, des »Bed-in für Peace«. Gleiches wollen die »Two Virgins« auch in New York zelebrieren, aber das Vorhaben scheitert, weil er ein Jahr zuvor in England zugegeben hatte, harte Drogen genommen zu haben. Es wird also zunächst nichts aus der erhofften Green Card, die zum dauerhaften Aufenthalt in den USA berechtigt. Nutznießer der US-Amerikanischen Kleinkariertheit ist die kanadische Metropole Montreal, wo aus dem Hotelbett heraus mit Hilfe des Drogosophen Timothy Leary und etlicher Hare Krishna-Aktivistinnen die wohl bekannteste Anti-Kriegs-Hymne der Pop-Geschichte entsteht. In den USA unerwünscht, entschließt er sich, nach England zurückzukehren. Er kauft für 150.000 Pfund ein Anwesen neben der Pferderennbahn von Ascot. Im August 1969 dokumentiert er sein Eheglück mit dem »Wedding Album«. Internationale Beachtung erreicht er, als er am 26. November 1969 aus Protest gegen die britische Biafra-Politik der Queen den »Order of the British Empire« zurückgibt. Seine Bemühungen, in die USA übersiedeln, erhalten 1972 einen Dämpfer, als ihm Kontakte zur politischen Linken unterstellt werden. Erst im September 1975 erhält er die ersehnte Aufenthaltserlaubnis. Er lässt sich in New York City nieder, wo er am 8. Dezember 1980 ermordet wird.

Wer war's? Zu gewinnen gibt es seine wohl beste LP »Imaginer«. ■ *lopo*

Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover

Im September-vorwärts war Matthias Erzberger gesucht. Gewonnen hat Stephan Kassel aus Celle.

»EIN POLITISCHES KONZEPT FÜR EINE BUNTE GESELLSCHAFT GIBT ES NICHT«

Der vorwärts sprach mit Ahmet Yilmaz, Vorstandsmitglied der Deutsch-Türkischen Gesellschaft Niedersachsen/Bremen und Geschäftsführer der exTim GmbH, einer Automobilzulieferer- und Beratungsgesellschaft mit Sitz in Braunschweig und Istanbul.

Vorwärts: Herr Yilmaz, seit dem Sarrazin-Buch findet in Deutschland eine Integrationsdebatte statt. Wundert es sie nicht, dass diese Debatte erst jetzt geführt wird?

Ahmet Yilmaz: Eigentlich wundert es mich nicht. An den Begrifflichkeiten lässt sich gut erkennen, warum sich in Deutschland erst sehr spät eine Debatte um Migration und um Integration entwickelt hat. Früher war der gängige Begriff »Gastarbeiter« und gemeint war, dass zeitlich



Ahmet Yilmaz

Foto: exTim GmbH

begrenzte Arbeitsmigration stattfindet und diese Menschen Deutschland bald wieder verlassen. Deshalb hat man sich über diese Gruppen von Menschen nicht viele Gedanken gemacht. Umso wichtiger ist, dass das Thema jetzt diskutiert wird, auch kontrovers. Was aber nicht geht ist, was Herr Sarrazin macht. Das ist eine Diffamierungspolitik, die er mit bestimmten Theorien verbindet, die biologistisch sind. Das bringt uns in der gesellschaftlichen Debatte nicht weiter. Deutschland ist de facto eine bunte Gesellschaft mit vielen verschiedenen Menschen aus verschiedenen Kulturen. Ein politisches Konzept, dass diese Tatsache aufnimmt und Antworten darauf liefert, wo wir als Gesellschaft hinwollen, gibt es aber nicht. Das hat auch Herr Sarrazin nicht beige-steuert.

Vorwärts: Türkischstämmige Jugendliche verlassen im Schnitt mit schlechteren Schulabschlüssen als gleichaltrige Deutsche die Schule und haben häufiger Schwierigkeiten eine Lehrstelle zu finden. Woran liegt das?

Yilmaz: Im Kern stellt sich das Problem so dar: Türkischstämmige und deutsche

Kinder aus einkommensschwachen Familien haben es in der Schule besonders schwer. Ihnen fehlt häufig zu Hause die nötige Unterstützung. Bei den Türkischstämmigen oder den Deutsch-Türken kommt hinzu, dass sie zwischen den Stühlen stehen. Einerseits sind sie hier geboren und aufgewachsen, sprechen Deutsch, sollen und wollen sich integrieren. Wenn das aber nicht so gut läuft und Probleme auftreten, wird als Grund dafür häufig ein türkisches Elternhaus, eine bestimmte Herkunft dafür verantwortlich gemacht. Diese Zuschreibungen helfen den Jugendlichen nicht weiter. Aus meiner Erfahrung sind sie auch deshalb falsch, weil sich die meisten nicht als »Türken« oder »Deutsche« oder »Deutsch-Türken« verstehen, sondern als Niedersachsen, Braunschweiger oder Hannoveraner. Wir müssen diese jungen Menschen in unsere Mitte nehmen und nicht ausgrenzen. Denn eins ist klar: Deutschland braucht gut ausgebildete, motivierte junge Menschen. Egal, ob ihre Eltern oder Großeltern ursprünglich aus der Türkei oder einem anderen Land kommen.

Vorwärts: Ist das Schulsystem nicht mehr zeitgemäß, um dies Aufgabe zu meistern?

Yilmaz: Es ist auf jeden Fall nicht flexibel genug. Zweisprachigkeit zum Beispiel ist ein großer Vorteil, in Deutschland wird sie häufig zum Nachteil, weil sie nicht adäquat gefördert wird. Von der Zweisprachigkeit können übrigens auch die anderen Mitschüler profitieren, wenn das gemeinsame Lernen gut organisiert wird. Auch der Weg zum Gymnasium muss sich ändern, wir brauchen mehr Abiturienten.

Vorwärts: Müssten türkische Unternehmen und Betriebe eigentlich nicht mehr ausbilden?

Yilmaz: Ebenso wie viele andere türkische Unternehmen spüren wir die soziale Pflicht auszubilden. Als internationales Unternehmen brauchen wir junge Menschen, die fit in Sprachen und offen für andere Kulturen sind. Die finden wir in Deutschland und in der Türkei. Ich habe allerdings die Erfahrung gemacht, dass sich bei mir junge Leute mit topp Zeugnissen vorstellen, die vorher keinen Ausbildungsplatz bekommen haben. Ich bin überzeugt, dass da zu häufig auf den Namen gedeutet wird. Fest steht: Türki-

sche oder Türkisch-Deutsche Betriebe müssen mehr ausbilden. Sie brauchen aber auch mehr Unterstützung hierbei. Das duale System ist kompliziert, die formalen Hürden hoch. Da muss die Politik mehr machen.

Vorwärts: Wie ist die Situation in Niedersachsen?

Yilmaz: Verbesserungsbedürftig. Guckt man nach Bremen, Nordrhein-Westfalen oder Hamburg, findet man viele Initiativen, die sich gezielt um die Förderung ausländischer Existenzgründer und Unternehmen kümmern. Meistens werden sie finanziell oder administrativ von der Politik unterstützt. In Niedersachsen sind die Förderkataloge unzureichend. Ein größeres Förderangebot würde mehr Arbeitsplätze schaffen und wäre ein Beitrag zur Integration, weil die Erlangung der Ausbildungsberechtigung auch eine starke, positive Verpflichtung für die Betriebe mit sich bringt.

Vorwärts: Themenwechsel: Wie stehen sie zum Beitritt der Türkei in die Europäische Union. Privilegierte Partnerschaft wie Kanzlerin Merkel sie will oder Vollmitgliedschaft?

Yilmaz: Der Türkei ist über Jahrzehnte gesagt worden: Macht wirtschaftliche Reformen, werdet ökonomisch stärker, dann könnt ihr Vollmitglied werden. Die Türkei hat jetzt bessere ökonomische Daten aufzuweisen als viele EU-Mitglieder, auch in der Haushalts- und Fiskalpolitik hat die Türkei ihre Hausaufgaben gemacht. Es gibt objektiv keinen Grund mehr gegen eine Vollmitgliedschaft. Kanzler Schröder hat immer sehr viel Wert auf die objektiven Kriterien bei der Beurteilung der Türkei gelegt. Seit Merkel und Sarkozy rücken aber immer stärker die Argumente »Islam« und »Kultur« zur Verhinderung der Vollmitgliedschaft in den Vordergrund. Das ist aber nicht korrekt: Die Türkei war immer eine Brücke nach Europa, hier lebt man moderne westliche und traditionelle muslimische Traditionen gleichermaßen. Nebenbei hat das Gerede von der »Privilegierten Partnerschaft« die Euphorie, die es vor zehn Jahren der EU gegenüber gab, ordentlich gebremst. Ich bin der Überzeugung, dass die Türkei ihre Bemühungen gleichberechtigtes EU-Mitglied zu werden, weiterführen muss. Das heißt vor allem, in den Bereichen Minderheitenrechte und Demokratie die Weichen zu stellen und das auch vorzuleben. Hier muss und kann die Türkei nachbessern. ■

Das Interview führte Sebastian Schumacher.